

Marc Schoentgen

„Heim ins Reich“?

Die ARBED-Konzernleitung während der deutschen Besetzung 1940-1944: zwischen Kollaboration und Widerstand

Unternehmen und Manager im Nationalsozialismus

Vor allem in Deutschland erlebte das Thema „Unternehmensgeschichte im Nationalsozialismus“ in den letzten 15 Jahren eine wahre „Forschungskonjunktur“, so der Historiker Norbert Frei. Die alte Debatte um die Frage „Primat der Politik oder Primat der Ökonomie?“ hat spätestens seit dem Ende des Kalten Krieges an Schärfe verloren, und mit der Öffnung von Firmenarchiven konnten neue Fragestellungen in den Vordergrund rücken, so etwa die Beteiligung von Unternehmen an den Arisierungsgeschäften oder die Bedeutung der Zwangsarbeit. Vermehrt wird heute die Frage nach der Rolle einzelner Unternehmerpersönlichkeiten in der NS-Diktatur sowie dem Handlungsspielraum der Manager großer Betriebe gestellt.¹

Zu den bedeutendsten und prominentesten Managern der Luxemburger Stahlindustrie des 20. Jahrhunderts gehörten ohne Zweifel Émile Mayrisch, Gaston Barbanson und Aloyse Meyer, die dem schwerindustriellen Sektor wie auch der ARBED ein unverwechselbares Gesicht gaben. Nach dem Tod Émile Mayrischs traten der Bel-

gier Gaston Barbanson (als Vorsitzender des Verwaltungsrats) und der Luxemburger Aloyse Meyer (als Generaldirektor) die Nachfolge in der Leitung der ARBED an. Sie dominierten somit die Geschäftspolitik eines riesigen Konzerns, dessen ineinander verschachtelte Beteiligungen sich über die

**Die Entscheidungsfreiheit
des ARBED-Managements war
vom ersten Tag der Besetzung
bis zum September 1944
beträchtlich eingeschränkt.**

ganze Welt erstreckten. Aloyse Meyer, der nach dem 10. Mai 1940 nach Luxemburg auf seinen Posten als Generaldirektor zurückkehrte, ist erstaunlicherweise weniger durch seine außergewöhnlichen Leistungen als Konzernmanager der Nachwelt in Erinnerung geblieben, als vielmehr durch die Tatsache, dass er mit den deutschen Besatzern kooperieren musste, um sein Unternehmen vor einer feindlichen Übernahme oder einer Zerschlagung zu retten.²

Fatal für Meyer war aber die Beziehung zur Gesellschaft für deutsche Literatur und Kunst GEDELIT in den 1930er Jahren. Zwar hielt sich Meyer vollständig im Hintergrund – Teilnahmen an GEDELIT-Veranstaltungen sind nicht belegt –, aber zweifellos unterstützte Meyer den Ver-

ein finanziell und ermöglichte so dessen Überleben. Wie andere Luxemburger war Meyer in dem guten Glauben, der Verein sei unpolitisch und habe lediglich eine kulturelle Zielrichtung. Der von dem Deutschlehrer Damian Kratzenberg geleitete Verein geriet allerdings rasch in das Fahrwasser der Nationalsozialisten und anderer rechtsextremer Fanatiker. Zu Recht gilt die GEDELIT als Keimzelle der späteren Volksdeutschen Bewegung (VdB). Der 1878 geborene Kratzenberg stammte wie Meyer aus Clervaux und war zudem mit ihm verschwägert.

Beginn des Zweiten Weltkrieges und Beginn der Besatzungszeit

Nach dem Kriegsausbruch im September 1939 war vielen Zeitgenossen klar, dass es nur eine Frage der Zeit sei, bis sich die Kampfhandlungen in den Westen verlagern würden. Der ARBED-Konzern wollte nichts dem Zufall überlassen und begann rechtzeitig damit, bedeutende Guthaben nach London und in die USA zu transferieren, um sie dem möglichen deutschen Zugriff zu entziehen. Zudem ermöglichte die großherzogliche Verordnung vom 28. Februar 1940, im Kriegsfall den Sitz der Geschäftsführung in ein anderes Land zu verlegen. Im Ernstfall sollte Meyer in Luxemburg bleiben und Barbanson vom französischen Exil aus die überseeischen Interessen des Konzerns wahrnehmen.

Marc Schoentgen ist Lehrer für Geschichte und Mitarbeiter im Forschungsprojekt „Terres rouges“. Forschungsschwerpunkte: Antisemitismus und Judenverfolgung, Wirtschaftsgeschichte des 2. Weltkrieges.

In diesem Sinne hatte Barbanson schon Ende April 1940 Luxemburg verlassen und sich nach Frankreich begeben. Er und Meyer trafen sich ein letztes Mal am 12. Mai in Paris. Inwiefern beide während der Dauer des Krieges in Kontakt zueinander standen, ist unklar. Barbanson war auf jeden Fall vom ARBED-Konzern abgeschnitten und konnte auf die Konzernentwicklung faktisch kaum mehr Einfluss ausüben.³ Seinerseits hatte Meyer wohl auch keine Möglichkeiten, mit der Luxemburger Exilregierung Kontakt aufzunehmen, gegenteilige Hinweise fehlen bislang. Die Regierungsmitglieder erhielten aber regelmäßig über Geheimkanäle Berichte aus Luxemburg. Staatsminister Dupong und Außenminister Bech waren aber nur ungenau über das informiert, was sich in den Vorstandsetagen in der Avenue de la Liberté in Luxemburg abspielte. An der Integrität Meyers wollte aber niemand so recht zweifeln. Außenminister Bech etwa schrieb 1943: « Bien qu'il soit difficile de juger de loin, je ne puis admettre que A.[loysel] M.[eyer] soit un collaborateur. » Im Januar 1944 äußerte sich Georges Brasseur, der Aloyse Meyer persönlich kannte, in einer Aktennotiz über die Haltung des ARBED-Chefs: « son attitude dans les circonstances présentes était probablement dictée par le soin de ne pas abandonner aux Allemands la direction totale et que si cette attitude peut prêter à discussion pour autant que

le résultat final est concerné, il n'en reste pas moins que ces motifs et l'honnêteté de ses intentions ne peuvent pas être mis en doute. »⁴

Nach der französischen Kapitulation kehrte Aloyse Meyer im Juni 1940 nach Luxemburg zurück, wo während seiner Abwesenheit wichtige Weichenstellungen vorgenommen worden waren: so sollte die ARBED so schnell wie möglich die Produktion wieder ankurbeln – dies im Interesse sowohl des Konzerns wie der arbeitenden Bevölkerung. Die Wiederaufnahme der Eisen- und Stahlproduktion sowie des Erzversands gehörte auch zu den Hauptanliegen der Deutschen, die das wirtschaftliche Potential des Luxemburger Standorts ausschöpfen wollten.

Die ARBED-Leitung während des Krieges

Die ersten Wochen der Besetzung waren für das Unternehmen und die Konzernleitung eine Krisensituation, die zunächst an die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges erinnerte. Viele Zeitgenossen dachten, dass es mit einer militärischen Besetzung und einer Art Renaissance des Zollvereins getan sei. Bald stellten sich aber grundlegende Unterschiede zu der Besatzungsverwaltung von 1914-1918 heraus, denn Luxemburg sollte politisch „Heim ins Reich“ geführt werden.

Die wichtigen Entscheidungen über die politische und wirtschaftliche Zukunft Luxemburgs fielen nicht mehr im Lande selbst, sondern in Berlin. So erteilte der „Führererlass“ vom 16. Juni 1940 im Interesse der deutschen Kriegswirtschaft dem Beauftragten für den Vierjahresplan Reichsmarschall Hermann Göring ein Weisungsrecht gegenüber dem Militär. Selbst nach der Einführung der Zivilverwaltung blieb dieses Weisungsrecht unangetastet und wurde per Führeranordnung am 18. Oktober nochmals bestätigt. Der 2. „Führererlass“ vom selben Tag über die „vorläufige Verwaltung in Luxemburg“ verlangte vom Chef der Zivilverwaltung die Fühlungnahme mit den obersten Reichsbehörden, um die „grundsätzliche Planung für den gesamtdeutschen Lebens- und Wirtschaftsraum“ abzustimmen.⁵ Damit war im Prinzip die Marschrichtung vorgegeben. Lediglich der auf Unabhängigkeit bedachte Gauleiter Gustav Simon versuchte während des Krieges immer wieder, Einfluss auf die ARBED zu gewinnen und damit die Wirtschaftspolitik in seinem Sinne zu gestalten.

Verkompliziert wurde die Lage der ARBED und Meyers dadurch, dass zahlreiche deutsche Unternehmen Morgenluft witterten: diese hofften, nach dem Ersten Weltkrieg verlorene gegangene Werke im lothringisch-luxemburgischen Industriegebiet nun zurückfordern zu können, ihre Besitzstände zu arrondieren oder aber ihre wirtschaftliche Einflusszone nach Westen ausdehnen zu können. Ein regelrechter Verteilungskampf brach aus, an dem sich mehr oder weniger gierig die namhaftesten Konzerne und Unternehmer des Deutschen Reiches beteiligten, von den Reichswerken Hermann Göring über Hoesch, den Vereinigten Stahlwerken bis hin zu Friedrich Flick oder Hermann Röchling. Der Kampf um den Stahlstandort Luxemburg – besonders aber um den Einfluss bei der ARBED – wurde bereits Anfang 1941 von Göring vorläufig beendet. Die Unternehmen in Differdingen (HADIR) und Rodange (SA Minière et métallurgique) wurden an reichsdeutsche Unternehmer verpachtet, während der ARBED-Konzern als selbständiges Unternehmen vorerst weiterbestehen sollte. Allerdings war klar, dass diese Regelung nur für die Dauer des Krieges gelten sollte und dass nach dem

Als einer der prominentesten Luxemburger wurde Aloyse Meyer von den deutschen Besatzern zu Propagandazwecken missbraucht. (*Luxemburger Wort* vom 31.3.1941)

LUXEMBURGER WORT

Betrieb wie am Tag der Kirmees

Süßlätzchen und Walderdbeere im Knopfloch

Deutsche Heilpflanzen als BWB-Abzeichen / Die Deutsche Arbeitsfront im Dienste der ärmeren Volksgenossen

Die Deutsche Arbeitsfront ist die gewaltigste Arbeiterorganisation der Welt. Das Winterhilfswerk ist das größte Sozialwerk aller Zeiten. Beides ist das hohe Ziel gefeiert, der Volksgemeinschaft zu dienen, und wenn auch im einzelnen ihre Aufgaben verschieden sind, so sind sie doch durch den Grundgedanken verbunden, daß, im Dienste des Volksganges, Gemeinnutz vor Eigennutz zu gehen hat.

Durch seine einzigartigen Leistungen behütet das Winterhilfswerk alle Volksgenossen vor den Folgen unerschuldeter Not. An der Erfüllung dieser edlen sozialen Aufgabe mitzuwirken, im Dienst einer guten Sache und umso lieber ersehen von Anfang an der Deutschen

wurden im Volkshaus auch große Akkordeonkonzerte hinfälligeren Charakters geboten. Bessere Familienabende gab es weiter im Grund, in Sonnenweg, in Klauen und auf dem Rimpertsberg. Die Musikgesellschaften der verschiedenen Stadtviertel standen natürlich nicht abseits und so fa den an zahlreichen Stellen gutbesuchte Konzerte statt, während die Hollaricher dazu auch noch einen Umzug der Handwerksmeißer mit klingenden Marschweifen belebten.

Auf vielen Bahnen wurde um Viktualien und andere Preise gehegelt, während anderenorts Tischtennis gespielt wurde. Schließlich wurden verschiedene Radrennen und Fußballspiele zugunsten des Winterhilfswerks ausgetragen. So ließen die Veranstaltungen der beiden Sammeltage an vielfältiger Abwechslung mitlich nichts zu wünschen übrig.



Ganobmann Dörner und Arbed-Generaldirektor Meyer beim Sammeln
Foto: Rouster

Professor Grimm sprach im Festsaal d „Frankreichs“

Der große und der kleine Rhein / R

Der hervorragende Vertreter der politischen Wissenschaft, R. d. R. Prof. Grimm von der

Der große und der kleine Rhein / R

Der hervorragende Vertreter der politischen Wissenschaft, R. d. R. Prof. Grimm von der

deutschen Endsieg eine endgültige Regelung der Besitzfrage vorgenommen würde, die sicherlich alle ausländischen Aktionäre ausgebootet hätte.

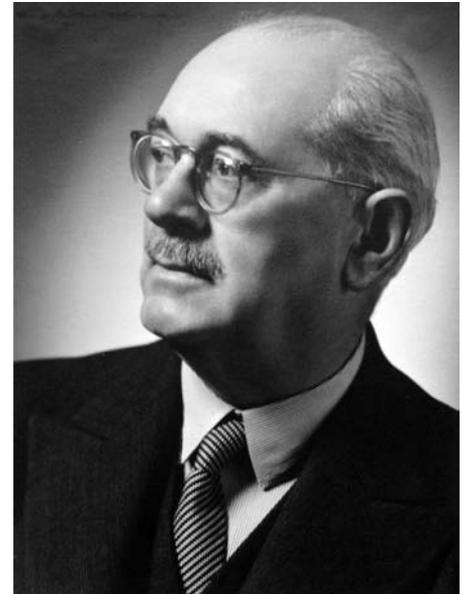
Für den Konzernchef Aloyse Meyer bedeutete diese Entscheidung zunächst einen Erfolg, da der Status quo des Unternehmens zumindest bis zum Kriegsende gewahrt schien. Die Entscheidungsfreiheit des ARBED-Managements war aber vom ersten Tag der Besetzung bis zum September 1944 beträchtlich eingeschränkt. Ein „Beauftragter des Reiches“ in Gestalt des Reichsbankdirektors Maximilian Bernhuber hatte sich offensichtlich schon in den Büros der ARBED-Zentrale niedergelassen, als Meyer noch in Paris auf die Heimreise nach Luxemburg wartete. Bernhuber hatte in erster Linie die Aufgabe, die ARBED-Direktion unter Kontrolle zu halten und dafür zu sorgen, dass schnellstmöglich die Produktion wieder anlaufen sollte. Der Beauftragte wurde später – auf Druck des Chefs der Zivilverwaltung – wieder abberufen. Die ARBED kam nun de facto unter die Kuratel eines sogenannten „Verwalters“ (Gustav Koenigs). Er vertrat formell die Interessen der feindlichen, d. h. in der Hauptsache französischen und belgischen Aktionäre. Tatsächlich erfolgten wichtige Entscheidungen, die im Prinzip dem Aufsichtsrat und der Hauptversammlung zugestanden hätten, nur noch in enger Beratung mit dem Verwalter.

Im Alltagsgeschäft wurde der Entscheidungsspielraum Meyers beträchtlich beschnitten. In der staatlich gelenkten Kriegswirtschaft NS-Deutschlands waren der unternehmerischen Freiheit enge Grenzen gesetzt worden, was besonders im besetzten Luxemburg galt. Bereits im Sommer 1940 hatten die Vertreter der mächtigen staatlichen Wirtschaftsorganisationen ihre Zelte in Luxemburg aufgeschlagen, um die Einbeziehung Luxemburgs in den „großdeutschen Wirtschaftsraum“ vorzubereiten. Auch innerhalb der Führungsspitze verengte sich Meyers Spielraum zusehends. Waren zu Beginn der Besetzung die Mehrzahl der Direktoren und Werksleiter auf ihren Posten verblieben, so begann eine allmähliche „Germanisierung“ der Geschäftsführung und der Werksleitungen. Wer politisch auffiel oder sich auf andere Weise als störend erwies, wurde rücksichts-

los ausgebootet, wie sich in vielen Fällen zeigte. So wurde der autoritäre und erklärt deutschfeindliche Direktor der ARBED-Verkaufsorganisation Columeta, Jean-Baptiste Henckes, ein Opfer von Intrigen und Bespitzelungen. Anfang 1941 wurde er von der Gestapo nach einer Denunziation verhaftet und in einem Schauprozess vor dem Sondergericht zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Er musste seinen Posten als Direktor räumen und Luxemburg verlassen. Nicht besser erging es Félix Chomé, der rechten Hand Meyers. Chomé war den Deutschen ein Dorn im Auge, nicht nur wegen seiner belgischen Nationalität, sondern vor allem weil er stets loyal zu Meyer hielt. Nach dem Streik von 1942 war auch er nicht mehr zu halten und wurde entlassen.

Zweifellos von der NS-Besatzungsmacht instrumentalisiert, diente Meyer nach außen der Wirtschaftspolitik des Gauleiters und Chefs der Zivilverwaltung.

Aloyse Meyer geriet folglich immer mehr in die Isolation. Allerdings ergibt die Aktenlage, dass er dennoch mit dem Tagesgeschäft eng verbunden blieb: er war über die wichtigsten Vorgänge informiert, las regelmäßig die Akten und stimmte sich in der Regel mit den deutschen Direktoren ab. Trafen diese allzu selbstherrliche Entscheidungen oder wagten Alleingänge ohne Meyer vorab zu informieren, so konnte Meyer sehr ungehalten reagieren. Dies ist zumindest ein Hinweis, dass Meyer innerhalb der Konzernspitze trotzdem eine gewisse Autorität behielt. Diese Autorität als Chef setzte Meyer später ganz bewusst ein, um Mitarbeitern in Not weiterzuhelfen. Er tat dies beispielsweise durch finanzielle Zuwendungen, die aus seinem Privatvermögen stammten, oder durch das Beschaffen von sicheren Posten bei Tochtergesellschaften der ARBED. Weitgehend unbekannt ist, dass mit Billigung Aloyse Meyers ein jüdischer Angestellter der Columeta bis zur Befreiung heimlich weiterbezahlt wurde, obwohl bereits 1940 auf Anordnung der Zivilverwaltung sämtliche Juden mit einem Berufsverbot belegt worden waren. Die engsten luxemburgischen Mitarbeiter des Generaldirektors waren über diese Vor-



Aloyse Meyer (1883-1952) (© Ed. Kutter)

gänge informiert. Sie wussten auch, dass Meyer aus seinem Privatvermögen erhebliche Summen zur Verfügung stellte, die er ab 1942/43 Widerstandsorganisationen und karitativen Organisationen in Belgien zukommen ließ.

Eine weniger glückliche Hand schien Aloyse Meyer im Umgang mit den neuen Machthabern zu haben. Zwar weigerte er sich hartnäckig, seinen Namen unter das „Heim in Reich“-Manifest zu setzen, mit dem der Anschluss an das Deutsche Reich propagandistisch vorbereitet werden sollte. Aber im November 1940 entschied sich Meyer nach längerem Zögern, der VdB beizutreten. Er tat dies nach Rücksprache mit engsten Mitarbeitern, Verwaltungsratsmitgliedern und Bekannten. Seinen Aussagen nach unternahm er diesen Schritt, um an der Spitze des Konzerns bleiben zu können, in dem Bestreben, den Einmischungsversuchen und Übernahmegelüsten aus Deutschland Einhalt zu gebieten. Es hätte nicht dem Naturell des Generaldirektors entsprochen, in dieser Situation die Leitung und die Verantwortung abzugeben. Nach dem Motto: „Der Kapitän verlässt sein Schiff im Sturm nicht“ schluckte Meyer die bittere Pille und unterzeichnete sein Beitrittsgesuch. Im Nachhinein war diese Entscheidung ein geschickter Schachzug, da er den Gegnern den Wind aus den Segeln nahm und gleichzeitig der ARBED das Schicksal ersparte, das der HADIR

und der Roderer Gesellschaft widerfuhr. Die symbolische Wirkung auf sämtliche ARBED-Mitarbeiter, die bis dahin gezögert hatten, war allerdings beachtlich. Vor allem nach der Befreiung wurde Meyer vorgehalten, er hätte als einer der prominentesten Luxemburger in Abwesenheit von Staatsoberhaupt und Regierung der Bevölkerung ein Beispiel sein und den Beitritt zur VdB verweigern müssen.

In den folgenden Jahren ließ sich Aloyse Meyer mit Widerwillen⁶ in die nationalsozialistische Propaganda einspannen. Er trat immer wieder mit Nazi-Größen in Erscheinung, saß bei Kundgebungen oder Betriebsappellen in den ersten Rängen oder nahm an den Sammlungen für das NS-Winterhilfswerk (WHW) teil. Zu seinem 60. Geburtstag erschienen in den gleichgeschalteten Tageszeitungen Lobeshymnen, außerdem wurde Meyer mit Ämtern und Ehrungen überhäuft. Ob der Luxemburger dies aus taktischen Gründen über sich ergehen ließ oder ob Naivität oder gar Kalkül eine Rolle spielten, lässt sich nicht klar entscheiden. Zweifellos von der NS-Besatzungsmacht instrumentalisiert, diente Meyer nach außen der Wirtschaftspolitik des Gauleiters und Chefs der Zivilverwaltung. Im Glauben, das in dieser Lage tun zu müssen, um das Beste für seinen Konzern und seine Arbeiter herauszuholen, blieb Meyer bis September 1944 an der Konzernspitze. 1942 hatte er zwar nach dem Streik aus Protest gegen die deutschen Terrormaßnahmen seinen Posten aufgeben wollen. Trotz aller Zweifel ließ er sich zum

Gegenteil überreden, vor allem als Gustav Simon seine Demission schroff zurückwies. Nur wenige Tage nach der Niederschlagung der Streikbewegung hielt der Gauleiter beim Appell der „Führerschaft der Volksdeutschen Bewegung in Luxemburg“ eine Rede, die im Wortlaut der Öffentlichkeit verschwiegen wurde. Darin heißt es: „In den Betrieben ist es so: wo der Betriebsführer in Ordnung war, hat auch die Gefolgschaft ihre Pflicht erfüllt und gar nicht daran gedacht, der Streikparole zu folgen. Daher ist im Wesentlichen dort gestreikt worden, wo auch die Betriebsführer zu der Klasse der Reichsfeinde gerechnet werden müssen, und hauptsächlich sind hier die Betriebe der ARBED gefährdet. Ich spreche hier kein Geheimnis aus, wenn ich feststelle, dass die führende Schicht der ARBED in den letzten zwei Jahren das Sammelbecken der politischen Gegner gewesen ist.“

Nach den tragischen Ereignissen von 1942 ging Meyer auf größere Distanz zu den nationalsozialistischen Machthabern. Nach eigenen Angaben versuchte er fortan alles, um eine Produktionssteigerung seiner Werke zu verhindern.

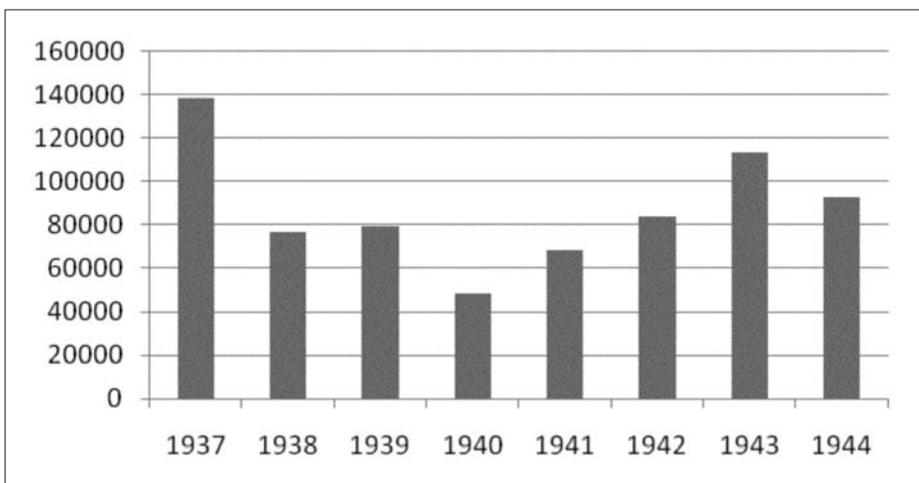
Dass die Nationalsozialisten dem Luxemburger nie richtig trauten, zeigten die Ereignisse gegen Ende der Besatzungszeit. Als die US-Truppen 1944 schon quasi vor den Toren des Industriegebiets standen, planten Zivilverwaltung und Gestapo zusammen mit den deutschen Direktoren weitreichende Lähmungsmaßnahmen, damit die

Stahlwerke dem Feind nicht von Nutzen sein konnten. Die Vorbereitungen fanden Anfang September ohne die Beteiligung Meyers statt. Nur wenige Tage später verhafteten Gestapo-Beamte auf Anweisung aus Berlin Generaldirektor Aloyse Meyer, seinen Sohn Frank und den Columeta-Chef Michel Goedert und brachten sie als „Schutzhäftlinge“ ins Gefängnis nach Wittlich. Sie wurden später aus der Haft entlassen und blieben bis Kriegsende unter Gestapo-Bewachung in Deutschland. Erst am 1. April 1945 konnten sie in ihre Heimat zurückkehren.

Produktionspolitik und Gewinne

Die Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg waren schwierig gewesen und Ende der 1930er Jahre war die Stahlproduktion deutlich zurückgegangen. 1940 wurde wirtschaftlich gesehen zu einem sehr schwierigen Geschäftsjahr, da die Produktion nach dem Einmarsch der deutschen Truppen für Wochen komplett stillstanden. Die Werke lagen im Operationsgebiet und ein großer Teil der Arbeiter war evakuiert worden. Auf Anordnung der deutschen Militärbehörden mussten die Montanunternehmen so schnell wie möglich die Produktion wieder aufnehmen. Da Aloyse Meyer bis Ende Juni in Frankreich festsaß, gab der stellvertretende Generaldirektor Félix Chomé den Deutschen die Zusage, die Hochöfen wieder anblasen zu lassen und baldmöglichst die Lieferungen von Eisenerz und Stahl aufzunehmen. Die Produktionsziffern von 1940 bis zur Befreiung im

Monatliche ARBED-Stahlproduktion in Luxemburg (in Tonnen)



Gewinn-/Verlustrechnungen und Dividendenzahlungen des ARBED-Konzerns (1940-1945) in Franken (1 Reichsmark = 10 Franken) (Quelle: Chomé und Zeitungsberichte)

Jahr	Gewinn/Verlust	Dividende
1937	94 000 000	320
1938	46 500 000	160
1939	46 400 000	160
1940	0	/
1941	58 823 470	200
1942	0	/
1943	-664 649	/
1944	-710 149 146	/
1945	-122 245 156	/

September 1944 lagen insgesamt gesehen unter den Vorkriegszahlen, da die Werke nie ihre Kapazitäten ausschöpfen konnten. Nach dem Krieg behauptete das Management, die Produktion sei absichtlich nicht gesteigert worden. Außerdem habe man bevorzugt minderwertige Erze verbraucht, um den Brennstoffverbrauch zu erhöhen und gleichzeitig die Produktion zu drücken. Sicherlich spielten Arbeitsverweigerung, Blaumachen und Bummeln sowie Sabotage eine gewisse Rolle, aber in der Hauptsache haben andere Faktoren die Produktionszahlen bei der ARBED und den übrigen Stahlproduzenten in Differdingen und Rodange beeinflusst. Es gab während des gesamten Krieges erhebliche Transportprobleme und damit verbunden mangelte es ständig an Koks. Nicht zu unterschätzen ist ebenfalls die Tatsache, dass es – vor allem nach Einführung der Wehrpflicht in Luxemburg – ständig an Arbeitskräften mangelte. Dieser Mangel an Hilfs- und Facharbeitern konnte auch nicht durch den Einsatz von sogenannten „Ostarbeitern“ und sowjetischen Kriegsgefangenen oder die Verlängerung der Arbeitszeiten aufgefangen werden. In der Zwangsarbeiterfrage allerdings zeigte sich die Zurückhaltung der ARBED-Direktion; zwar gab es wohl mehrere hundert Zwangsarbeiter bei den ARBED-Werken, aber die Initiative zu deren Einsatz ging vermutlich von der Zivilverwaltung aus, ohne dass die ARBED diese billigen Arbeitskräfte zurückgewiesen hätte. Als gesichert gilt, dass die Lebens- und Versorgungsbedingungen in Luxemburg für die Zwangsarbeiter allgemein besser waren als im Altreich.

Nach 1944 konnte man dem Konzern insgesamt betrachtet nicht vorwerfen, am Krieg verdient zu haben. Einziger dunkler Fleck ist das Geschäftsjahr 1941, als das Unternehmen nach 1937 die besten Ergebnisse vorlegen konnte. Die Betriebsverluste und die durch Kriegseinwirkungen entstandenen Schäden am Ende des Krieges gleichen diesen Gewinn freilich mehr als aus.⁷

Die „Affäre“ Meyer

Die Nachkriegszeit war zweifellos die schwierigste Phase in Meyers Leben. Eine nationale Pressekampagne, die penible juristische Untersuchung seines Verhaltens als Konzernchef während der Besatzungs-

zeit, Äußerungen über seine Person von der Rednertribüne der Abgeordnetenversammlung herab, Zeugenauftitte in verschiedenen öffentlichen Kriegsverbrecherprozessen zerrten Meyer in eine politisierte Öffentlichkeit, die er bis dahin eher zu vermeiden versucht hatte. Die erhobenen Anschuldigungen und die Unklarheit über mögliche juristische Folgen seines Handelns sowie Gerüchte und zum Teil absurde Vorwürfe machten Meyer schwer zu schaffen. Dazu kam, dass die Affäre Meyer 1947 auch international hohe Wellen zu schlagen begann.

Nach 1944 konnte man dem Konzern insgesamt betrachtet nicht vorwerfen, am Krieg verdient zu haben. Einziger dunkler Fleck ist das Geschäftsjahr 1941 [...].

Die Forderungen nach einer raschen und harten Bestrafung der Kollaborateure, Verräter und Mitläufer beherrschten die Nachkriegsöffentlichkeit in einem hohen Maße. Deshalb ist es kaum verwunderlich, dass bald auch die Person des ARBED-Generaldirektors ins Gerede kam. Noch vor der Rückkehr Meyers aus Deutschland begann die linke Presse, allen voran die KP-Zeitung *Die Volksstimme*, mit einer öffentlichen Kampagne gegen den ARBED-Manager.

Systematisch versuchten linke Kräfte, die Person Meyers zu demontieren. In ihm sahen viele schon seit den 1930er Jahren die Verkörperung des ausbeuterischen und faschistischen Kapitalisten. Es kursierten die wildesten Gerüchte, Unwahrheiten wurden mit Halbwahrheiten vermischt, Dokumente und Zeitungsartikel verbreitet, welche die Kollaboration mit den Deutschen belegen sollten. Die politischen Gemüter waren so erhitzt, dass am 3. Mai 1945 selbst Epurationsminister Als in der Abgeordnetenversammlung davor warnen musste, im Fall Meyer eine „Klassenjustiz“ auszuüben.

Aloyse Meyer ging zunächst in die Offensive, wandte sich nur zwei Tage später schriftlich an den Epurationsminister und bat um eine juristische Klärung seines Falles. Unklar ist allerdings, ob Als nicht schon vorher eine Untersuchung in die Wege leiten wollte und Meyer ihm mit sei-

nem Schreiben zuvorkam. Es begann wohl eines der spektakulärsten und aufwendigsten Ermittlungsverfahren der Luxemburger Justizgeschichte.

Am 15. Mai 1945 legte Meyer ein Memorandum vor, in dem er sein Verhalten während der Besatzungszeit ausführlich erläuterte und verteidigte. Rasch stellte sich heraus, dass die bestehende Gesetzgebung nicht ausreichte, um gegen sogenannte Wirtschaftskollaborateure und Kriegsgewinnler vorzugehen. Bereits die Assemblée consultative befasste sich im Juni 1945 mit dem Problem der Bestrafung der Wirtschaftskollaborateure, aber der von KP und Groupement vorgelegte Text blieb auf dem Instanzenweg stecken. Erst im Februar 1946 legte Justizminister Victor Bodson einen Entwurf für eine Ergänzung des Artikels 118bis des Strafgesetzbuches vor, das in Fällen von erwiesener „collaboration économique“ mit dem Feind Zuchthausstrafen von bis zu 15 Jahren und Geldstrafen von bis zu 5 Millionen Franken vorsah. Der Staatsrat sah die Frage der Wirtschaftskollaboration aber von einem pragmatischen Standpunkt aus und wies in seinem Gutachten auf die besondere Zwangslage in einem besetzten Land hin: es sei schlicht unmöglich gewesen, nicht mit dem Feind zu kooperieren. Man hätte ja nicht von jedem Lokomotivführer die Niederlegung der Arbeit erwarten können, nur weil die Waggons Kriegsmaterial enthielten. Die Unternehmensführer hätten ja die Betriebe schließen und damit tausende von Arbeitern auf die Straße setzen müssen, nur um nicht zu kollaborieren. Die Zentralsektion, d. h. die zuständige Parlamentskommission, in der Abgeordnete aller Parteien vertreten waren, ging über den Vorschlag des Staatsrates hinaus, indem sie vorschlug, dass in den Fällen, wo es nicht zur Strafverfolgung komme, zumindest die Kriegsgewinne zugunsten der Staatskasse eingezogen werden sollten. Sicherlich ein Fingerzeig auf Industriebetriebe wie die ARBED, die während der Besatzungszeit Gewinne gemacht hatten.

In den Diskussionen spielten die Redner der Linksparteien immer wieder auf die Affäre Meyer an. Ohne den Namen Meyers in den Mund zu nehmen, schlug der sozialistische Abgeordnete Fohrmann rhetorisch auf die „Dicken“ ein, erwähnte die WHW-



Wie bei einem Staatsbegräbnis: Mehrere tausend Menschen säumten die Straßen der Hauptstadt, als der ARBED-Präsident 1952 zu Grabe getragen wurde. (Quelle: ANLux FD 109-1)

Sammlungen, an denen gewisse Kollaborateure teilgenommen hätten, um sich bei den Machthabern einzuschmeicheln. Der KP-Abgeordnete Urbany war da weniger zimperlich. Er holte zu einem Rundumschlag gegen die sogenannte Großindustrie und die Trusts aus, die für Krieg und Faschismus die Verantwortung trügen. So habe die ARBED schon vor dem Krieg Nazi-Deutschland unterstützt, die GEDELIT finanziert und sich für das Maulkorbgesetz stark gemacht. Aloyse Meyer persönlich sei für die Kriegsproduktion der ARBED verantwortlich, habe Auszeichnungen der Nazis angenommen. Es sei ein Skandal, so Urbany, dass zwanzig Monate nach der Befreiung des Landes, Meyer immer noch frei herumlaufe und sogar noch an der Spitze der Handelskammer stehe, während die kleinen Mitläufer die ganze Härte des Gesetzes zu spüren bekämen. Justizminister Bodson seinerseits betonte, dass der Staat nur diejenigen Wirtschaftskollaborateure verfolgen werde, die ohne Notwendigkeit mit dem Feind zusammengearbeitet hätten. Das Gesetz wurde am 19. April 1946 einstimmig verabschiedet. Auf Aloyse

Meyer wurde das Gesetz nie angewendet. Im Januar 1947 wurde die Affäre Meyer von der Justiz ad acta gelegt, da man dem Generaldirektor letztlich nichts zu Lasten legen konnte. Bis zum Ende der 1940er Jahre blieb die Akte Meyer jedoch nie ganz geschlossen.

Die letzten Jahre

Nach dem Tode Barbansons übernahm Meyer trotz seines stark lädierten Images im Jahre 1947 den Vorsitz des ARBED-Verwaltungsrats, ein Beweis, dass die Aktionäre des Konzerns weiterhin ihr Vertrauen in den erfahrenen Industriekapitän setzten. Der Konzern stand vor großen Herausforderungen. Zunächst galt es, am Luxemburger Standort die Produktion wieder anzukurbeln und vor allem die Versorgung mit Kohle zu sichern. Lange ungeklärt war auch das Schicksal der vor Kriegsbeginn in die USA transferierten Guthaben. Diese waren nach der Besetzung Luxemburgs gesperrt worden und die Rückführung von mehreren Millionen US-Dollar – die der Konzern dringend benötigte – zog sich in quä-

lende Länge, auch weil den US-Behörden unklar war, welche Rolle Meyer während der Besatzungszeit gespielt hatte. In Deutschland waren in den letzten Kriegsmontaten große Teile der Anlagen zerstört worden und ein Teil der ARBED-Tochtergesellschaften befand sich unter alliierter Kontrolle. Noch ungewisser war das Schicksal der Werke und Gesellschaften, die sich in den sowjetisch besetzten Zonen befanden.

Die Zeit, als die Stahlbarone die Wirtschafts- und Außenpolitik entscheidend mitbestimmen konnten, neigte sich in Europa langsam aber sicher ihrem Ende entgegen. Ob Meyer dies und die historische Tragweite der Montanunion erkannt hatte, entzieht sich letztlich unserer Kenntnis. Am 3. Mai 1952 erlag Aloyse Meyer im Alter von 68 Jahren einem Krebsleiden.

Patriot oder Kollaborateur? Urteile über Aloyse Meyer

Was erinnert heute noch an einen der bedeutendsten und mächtigsten Industriellen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts? Aloyse Meyer prägte sein Unternehmen, gehörte zu den prominentesten Luxemburgern, war bekannt auf dem internationalen Parkett der Stahl- und Industriebosse, machte national und international von sich reden. Ein einfaches Denkmal wurde wenige Jahre nach dem Tod des ARBED-Generaldirektors in der Aloyse-Meyer-Siedlung in Düdelingen errichtet. Außerdem tragen ein kleines Fußballstadion sowie mehrere Straßen und Plätze im Süden des Landes und in der Hauptstadt den Namen des verstorbenen Generaldirektors.⁸ Ansonsten ist Aloyse Meyer kaum in Erinnerung der Luxemburger geblieben, sieht man einmal von denjenigen ab, die sich besonders für Industriegeschichte interessieren. Bis heute wird der „Fall“ Meyer kontrovers gesehen. Vielleicht blieben deshalb viele offene Fragen, auf die es bis heute zum Teil keine schlüssigen Antworten gibt. Für Luxemburger Verhältnisse haben sich recht zahlreiche Publikationen mit der Rolle Aloyse Meyers während des Zweiten Weltkrieges befasst. Versuchten in den ersten Jahrzehnten Freunde und Weggefährten, das Bild Aloyse Meyers von allen Vorwürfen reinzuwaschen, so sorgte die 1980 erschienene Publikation von Paul

Cerf über Epuration und Kriegsverbrecherprozesse nach dem Zweiten Weltkrieg in Luxemburg für ein kleines Erdbeben. Cerf räumte dem Fall Meyer immerhin über 20 Seiten ein, auf denen er skandalträchtige Details aus der Justizakte Meyers ans Tageslicht brachte.⁹ Es folgten einige fundierte historische Untersuchungen zur Rolle der Montanindustrie im Dritten Reich, die es aus der Distanz schafften, der Person des Generaldirektors gerecht zu werden.¹⁰ Anlässlich einer internationalen Tagung 2006 kam die „Affäre“ auf ein Neues zur Sprache. Vor allem Henri Wehenkel ging in einer kurzen Studie sehr kritisch mit der Person des ARBED-Generaldirektors um. So soll Meyer nachdrücklich den wirtschaftlichen Anschluss Luxemburgs an Deutschland vertreten haben. In seinem Beitrag kam Jacques Maas zu einem objektiveren und nüchternen Urteil über Aloyse Meyer. Er spricht von „collaboration-survie“ und betont die Zwangslage in der sich die ARBED-Geschäftsführung während der NS-Besetzung befand.¹¹ Hans-Erich Volkmann geht in der kürzlich erschienenen Studie in die gleiche Richtung und spricht Meyer und die Luxemburger Direktoren von aller Schuld frei, denn die „Betriebsführungen lagen letztverantwortlich in deutscher Hand.“¹² Neben Émile Mayrisch und Gaston Barbanson ist der ARBED-Generaldirektor und spätere Verwaltungsratsvorsitzende Aloyse Meyer für die Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte Luxemburgs eine interessante und faszinierende Unternehmerpersönlichkeit. Nicht zuletzt verdeutlichen die in den letzten drei Jahrzehnten erschienenen Forschungsbeiträge, wie kontrovers über die Person Meyers zu Lebzeiten und auch noch nach seinem Tod diskutiert wurde.

Meyer prägte – vor allem nach dem Tod seines Ziehvaters Mayrisch – zweifellos die nationale und europäische Wirtschaftspolitik mit, freilich in einer Zeit, als die deutschen, französischen, belgischen und luxemburgischen Stahlbarone noch Prestige und wirtschaftliche Macht verkörperten. Gleichzeitig gehörte der Generaldirektor zu den Patrons, die sich auch der sozialen Verantwortung ihrer Konzerne bewusst waren. Nicht umsonst wurde schon in den 1930er Jahren Meyers Bekenntnis zu den sozialen Errungenschaften der ARBED hervorgehoben.

Nach der Besetzung und Annektierung Luxemburgs musste Meyer aber erfahren, dass die alten Seilschaften und Strategien aus der Zwischenkriegszeit nur noch bedingt bis gar nicht funktionierten. Er wurde gewissermaßen zu einer Schachfigur in einem Spiel zwischen Zivilverwaltung und anderen reichsdeutschen Interessengruppen. Dennoch blieben Aloyse Meyer offensichtlich genug Möglichkeiten, um in bescheidenem Maße die Unternehmens- und Personalpolitik zu beeinflussen. Bei der Unternehmenspolitik standen für Meyer ganz

Bis heute wird der „Fall“ Meyer kontrovers gesehen. Vielleicht blieben deshalb viele offene Fragen, auf die es bis heute zum Teil keine schlüssigen Antworten gibt.

sicher die Verteidigung der Interessen der Hauptaktionäre im Mittelpunkt, während in der Personalpolitik der Generaldirektor stets bemüht war, sein „Luxemburger“ Stammpersonal soweit wie möglich vor dem politischen Zugriff der Nationalsozialisten zu schützen. Dies gelang ihm vor allem in der Zentralverwaltung, während es natürlich schwieriger war, sich für einzelne Arbeiter einzusetzen, die weit weg von der Direktion in den Werken für die deutsche Kriegsindustrie schufteten mussten.

In seinem persönlichen Verhalten während des Zweiten Weltkrieges indes ist Aloyse Meyer ein typisch Luxemburger Fall. Es galt zunächst, sich und das Unternehmen möglichst schadensfrei in die Friedenszeit hinüberzuretten. Zur Überlebensstrategie gehörte es zweifellos, sich den neuen Verhältnissen anzupassen und zu kooperieren, aber auch nicht mehr als unbedingt notwendig. Dies wurde von der NS-Propaganda ausgenutzt, die Meyer als Vertreter der Anexionisten und Linientreuen darstellte. Gleichzeitig verleugnete Meyer nie seine patriotische Gesinnung und hatte sich in dieser Hinsicht kaum etwas vorzuerufen. Persönlichen Vorteil suchte er nicht, im Gegenteil: er ließ diskret helfen, setzte sich persönlich ein, wo es nur möglich war. Dies konnte freilich nicht verhindern, dass Meyer nach 1945 ein Opfer politischer Ränkespiele wurde. ♦

1 Norbert Frei, „Die Wirtschaft des ‚Dritten Reiches‘. Überlegungen zu einem Perspektivenwechsel“, in Norbert Frei/Tim Schanetzky (Hg.): *Unternehmen im Nationalsozialismus. Zur Historisierung einer Forschungskonjunktur*, Göttingen 2010, S. 9-24.

2 Die folgenden Erörterungen zur Konzerngeschichte und zur Person Aloyse Meyers beruhen im Wesentlichen auf Recherchen, die im Rahmen des Forschungsprojekts „Terres rouges“ angestellt wurden. Sie stützen sich u. a. auf die Firmenarchive des ARBED-Konzerns, auf die Epurationsakten, auf die Bestände des „Chefs der Zivilverwaltung“ sowie Akten der Exilregierung und des Außenministeriums, die in beträchtlichem Umfang in den Archives nationales in Luxemburg befindlich sind.

3 Während des Krieges publizierte Barbanson in der Schweiz reaktionäre Schriften, die mit ungläubigem Entsetzen von der Exilregierung gelesen wurden.

4 Georges Heisbourg, *Le gouvernement luxembourgeois en exil 1943-1944, Bd. IV*, Luxemburg 1991, S. 365-381.

5 Martin Moll, *Führer-Erlasse*, Stuttgart 1997, S. 126 f., S. 147 f. und S. 149.

6 Vgl. Aussage Aloyse Meyers, in *Denkschrift vom 15.5.1945* (ANLux EPU 192) und Aussage des Fahrers von Meyer (ANLux AP 4701, Farde A).

7 Fernando Ricardo Baptista Barra, „Les Ostarbeiter dans la sidérurgie luxembourgeoise (1942-1945)“, in Charles Barthel/Josée Kirps (Hg.): *Terres Rouges. Histoire de la Sidérurgie luxembourgeoise I*, Luxemburg 2009, S. 16-70.

8 Vgl. *Ons Stad* Nr. 26 (1987), S. 17.

9 Paul Cerf, *De l'épuration au Grand-Duché de Luxembourg après la seconde guerre mondiale*, Luxemburg 1980, S. 122-149. Vgl. auch Paul Cerf, „L'épuration, ou la difficulté de laver en famille du linge sale ébloussé de taches tenaces“, in *et wor alles net esou einfach. Fragen an die Geschichte Luxemburgs im Zweiten Weltkrieg. Ein Lesebuch zur Ausstellung*, Luxemburg 2002, S. 282-293 (= Publications scientifiques du Musée d'histoire de la Ville de Luxembourg X).

10 Paul Dostert, *Luxemburg zwischen Selbstbehauptung und nationaler Selbstaufgabe. Die deutsche Besatzungspolitik und die Volksdeutsche Bewegung 1940-1945*, Luxemburg 1985, S. 104, 107. Gerhard Th. Mollin, *Montankonzerne und „Drittes Reich“. Der Gegensatz zwischen Monopolindustrie und Befehlswirtschaft in der deutschen Rüstung und Expansion 1936-1944*, Göttingen 1988, S. 250 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft Bd. 78).

11 Henri Wehenkel, „La collaboration impossible“, in *Collaboration: Nazification? – le cas du Luxembourg à la lumière des situations française, belge et néerlandaise. Actes du colloque international, Centre culturel de rencontre Abbaye de Neumünster, mai 2006*, Luxemburg, 2008, S. 250-271. Jacques Maas, „Le groupe sidérurgique ARBED face à l'hégémonie nazie – Collaboration ou résistance? Essai d'interprétation“, in *Collaboration: Nazification?*, S. 340-373.

12 Volkmann, *Luxemburg im Zeichen des Hakenkreuzes*, S. 488 und S. 494. An der Universität Luxemburg entstand im Rahmen des Masterstudiengangs die Abschlussarbeit von Mirko Biewers, *Le PCL et son attitude face à l'ARBED et dans l'„affaire Aloyse Meyer“ dans l'immédiat après-guerre (1944-1947)*, Luxemburg, Wintersemester 2005-2006 [unveröffentlicht].